

Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten am Dienstag, dem 08.09.2020, ab 18:02 Uhr in der Aula der Sekundarschule "Carl von Clausewitz" - Europaschule - in Burg, Straße der Einheit 35 a

Anwesenheit der Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

Fraktion DIE LINKE

Herr Wolfgang Bernicke

Fraktion SPD/FDP

Frau Dr. Mechthild Kaatz

CDU-Fraktion

Herr Frank-Michael Ruth

Herr Dr. Ulrich von Wulffen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dr. Christoph Kaatz

Vertreter stimmberechtigtes Mitglied

Herr Phillip-Anders Rau

in Vertretung für Herrn Starzynski

sachkundige Einwohner

Herr Guido Eisbein

Herr Holger Bär

von der Verwaltung

Herr Florian Fuhrmann

Herr Stephan Rauhut

Herr Stefan Dreßler

Herr Thomas Barz

Frau Katrin Erdmann

es fehlt/ fehlen:

Fraktion AfD/Freie Wähler-Endert

Herr Thomas Starzynski

Fraktion Wählergemeinschaften Jerichower Land

Herr Sören Rawolle

Entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Bernd Wieland

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 03.03.2020 - öffentlicher Teil -
5. Bericht zur Nachkalkulation der Abfallgebühren 2017
6. Erarbeitung eines Kreisentwicklungskonzeptes des Landkreises Jerichower Land (KEK) unter Beantragung von Zuwendungen aus dem Förderprogramm Sachsen-Anhalt REGIO **01/98/20**
7. Anträge zum Thema Wolf
- 7.1. Antrag der Fraktion Afd/FW-Endert zum Thema Wolfsnotstand **AG/07/20**
- 7.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema Wolfsproblematik **AG/11/20**
8. Information zum Haushalts- und Stellenplan 2021 **I/05/20**
9. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
10. Anfragen und Anregungen
11. Schließung des öffentlichen Teils
15. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
16. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:02 Uhr und verweist darauf, dass er den Ausschuss im Einvernehmen mit dem Landrat am 27.08.2020 elektronisch einberufen hat. Er stellt damit die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung fest. Bei Teilnahme von 6 von 7 Mitgliedern stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschussvorsitzende begrüßt die anwesenden Gäste.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Schriftliche Einwohneranfragen liegen nicht vor.

TOP 4

Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 03.03.2020 - öffentlicher Teil -

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die Niederschrift keine Einwendungen nach der Geschäftsordnung vorliegen. Der Ausschuss **beschließt** die Niederschrift mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

mehrheitlich beschlossen: Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0

TOP 5

Bericht zur Nachkalkulation der Abfallgebühren 2017

Herr **Erchinger**, Geschäftsführer der GAVIA mbH & Co. KG, gibt Erläuterungen zur Nachkalkulation der Abfallgebühren 2017 anhand einer Präsentation.

Zur Veranlassung wird erläutert, dass die strenge Anwendung der Prinzipien des Kommunalabgabengesetzes (KAG) einen leistungsbezogenen periodengerechten Vergleich des Gebührendarfs der Vorkalkulation mit der Nachkalkulation erfordere. Nur eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben reiche nicht aus. Beginnend mit dem Jahr 2017 werde die Nachkalkulation gefertigt. Weitere Erläuterungen erfolgen zu den Grundsätzen der Kalkulation, zu ansatzfähige Kosten der Gebührenkalkulation, zur Nachkalkulation der Zeiträume 2017 Janu-

ar/Februar, März-Dezember sowie 2018, zum Ergebnis der Nachkalkulation und Zusammenfassung des Ergebnisses.

Der **Ausschussvorsitzende** dankt Herrn Erchinger für die Ausführungen. In der Diskussion seit 2015 zum Identsystem galt der Grundsatz, dass das Entsorgungssystem für den Bürger kostengünstiger werde und dies sei auch eingetreten. Schlimm wäre in dieser Phase eine evtl. Steigerung der Gebühren durch Nachkalkulation zu Lasten der Bürger.
Herr **Rau** hat eine Frage zur Nachbeschaffung der Behälter und zur Kostenhöhe.
Herr **Erchinger** benennt die Kosten auf 9.500 €.
Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage 1).

Vom **BG** werden ausführliche Erläuterungen u. a. zu den Bescheiden und Widersprüchen vorgenommen. Diese Information ist als Anlage beigefügt. (Anlage 2 der Niederschrift).
Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Gebührenbescheide nun versandt seien und er habe bisher auch noch keine Kritik gehört hinsichtlich des Entsorgungssystems sowie der Gebührenhöhe.

TOP 6

01/98/20

Erarbeitung eines Kreisentwicklungskonzeptes des Landkreises Jerichower Land (KEK) unter Beantragung von Zuwendungen aus dem Förderprogramm Sachsen-Anhalt REGIO
Vorlage: 01/98/20

VM informiert, dass die Beschlussvorlage bereits im Ausschuss für Bau, Wirtschaft und Verkehr am 31.08.20 beraten und einstimmig bestätigt wurde und gibt Erläuterungen zur Vorlage.

Es gehe darum, einen Grundsatzbeschluss durch den Kreistag zu fassen, der den LR ermächtigt, ein Kreisentwicklungskonzept erarbeiten lassen zu können. Von der EU gebe es verschiedene Fördertöpfe, die in Anspruch genommen werden können. Die Grundlage dafür ist ein „Strategiepapier“, in dem Strategien und Richtlinien definiert werden. Bisher war dies das sog. ILEK (das integrierte ländliche Entwicklungskonzept) mit einer Förderperiode, die in diesem Jahr ausläuft. Ab der neuen Förderperiode 2021-2027 gebe es eine neue „EU-Förderlandschaft“. Der Weg zum eigenen KEK ist ein umfangreiches Verfahren, in dem die vorhandenen Konzepte, die Konzepte der Städte und Gemeinden sowie eine große Öffentlichkeitsbeteiligung mit einfließen. Durch das KEK soll ein Leitfaden zur Erreichung der europäischen Ziele gelegt werden.

Der **Ausschussvorsitzende** informiert, dass die Städte derzeit ebenfalls ihr Entwicklungskonzept erarbeiten.

einstimmig überwiesen: Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

TOP 7

Anträge zum Thema Wolf

Vom **Ausschussvorsitzenden** wird erläutert, dass die Pkt. 7.1 und 7.2 im Komplex behandelt werden.

Zu diesem Top wurden Herr Meyer (Kreisjägermeister), Herr Deumelandt (Bauernverband), Herr Berbig (Wolfskompetenzzentrum Iden) (WZI) sowie Herr Dr. Wallbaum (MULE LSA) eingeladen.

Der Antrag der AfD, der in der letzten KT-Sitzung behandelt werden sollte, wurde zur Kenntnis genommen und zur umfangreicheren Beratung in den Umweltausschuss verwiesen. Der Antrag DER LINKEN mit der Forderung, einen Wolfsbeauftragten für den Landkreis einzusetzen, soll heute ebenfalls im Ausschuss beraten werden.

VM gibt Erläuterungen zu beiden Anträgen, insbesondere zu den vom Landkreis durchgeführten Aktivitäten. 2017 gab es einen mehrheitlichen Beschluss des KT zum Thema Wolf. Daraufhin wurde an das Land eine Wolfsresolution gerichtet. Im Jahr 2019 gab es eine vermehrte Anzahl von Übergriffen. Es wurden durch die Verwaltung Gespräche mit dem WZI sowie mit dem Umweltministerium geführt. In Folge dessen wies der LK in einem nochmaligen Schreiben an das Umweltministerium auf die Situation hin. Das Antwortschreiben von Ministerin Dalbert wurde dem KT zur Kenntnis gegeben. Vom LK wird die aktuelle Entwicklung mit Sorge verfolgt, da die Übergriffe von Wölfen (Statistik v. 28.08.20 – 61 tote Schafe und 6 tote Rinder) deutlich zugenommen haben. Die Zusammenarbeit mit Herrn Berbig und Herrn Dr. Wallbaum wurde als konstruktiv gelobt, es erfolgte ein regelmäßiger Austausch mit dem WZI.

Der **Ausschussvorsitzende** macht deutlich, dass die Resolution von 2017 im KT leider keinen Erfolg zeigte und die Auffassung des KT zu dieser Thematik sich nicht verändert haben dürfte. Es gehe weiterhin darum, Gehör zu finden.

In der emotionalen Diskussion ergreifen Herr **Holzberger**, Herr **Rau** das Wort und kritisieren die Untätigkeit und Duldung des Landes in dieser derzeitigen Situation mit dem Wolf. Es wird um eine Stellungnahme von Herrn Berbig und Herrn Dr. Wallbaum gebeten.

In der Diskussion wird deutlich auf die bedrohliche Situation, insbesondere auch für Kinder, durch den Wolf innerhalb der Ortschaften hingewiesen. Dieser Zustand könne nicht weiter hingenommen werden und es bestehe dringender Handlungsbedarf.

Herr **Meyer** gibt Erläuterungen zum Verlauf der Situation durch das massive Auftreten des Wolfes anhand von Zahlenmaterial der letzten sechs Jahre. So gebe es eine Streckenreduzierung beim Rotwild um 50 %, beim Damwild um 40 %, Muffelwild fast 100 % sowie beim Rehwild um 35 %. Demgegenüber steht die Erhöhung der Schwarzwildstrecken um 100 %. Er könne die in der Diskussion dargestellten Ängste und Sorgen nachvollziehen. Ziel müsse es sein, politische Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, Einschränkungen für das Leben im ländlichen Raum zu vermeiden. Diese Situation sei der Untätigkeit auf Bundes-, EU- und auch auf Landesebene geschuldet. Wünschenswert wäre deshalb, mit der Resolution nochmals ein politisches Signal verstärkt an das Land zu senden.

Der **Ausschussvorsitzende** erläutert, dass die Auffassung der AfD vom Grundsatz her vom Kreistag mitgetragen werde. Es gebe jedoch eine gewisse Ohnmacht zur Problematik Wolf. Unter Bezug auf die Resolution von 2017 könne nur erneut ein Signal gesendet werden, dass sich der Standpunkt nicht geändert habe und die Praxis zeige, dass eine Reaktion notwendiger denn je sei. Eine Einflussnahme sei jedoch nur über den Weg des Umweltministeriums möglich, durch Vorschlagsunterbreitungen zur Modifizierung des Jagdrechtes, welche im Bundesjagdrecht Berücksichtigung finden, um zu praktikablen Lösungen für das Land Sachsen-Anhalt zu kommen.

Herr **Dr. Wallbaum** habe die Sorgen und Nöte gehört. Diese kenne er auch aus anderen Regionen. Er und Herr Berbig seien jedoch Mitarbeiter einer Verwaltung und ihre Aufgabe sei es, Recht zu vollziehen. Der Aussage zur Untätigkeit des MULE seit 2017 widerspreche er jedoch. Seit 2017 werde ganz erheblich versucht, Gelder und Know How bereitzustellen zur Vermeidung von Schäden durch den Wolf.

Herr **Dr. Wallbaum** erläutert, dass aufgrund der neuen Regelung § 45 a BNatschG der Abschuss von einzelnen Wölfen ohne Zuordnung der Schäden zu einem bestimmten Einzeltier grundsätzlich möglich sei. Weitere Informationen erfolgen u. a. zur Zahl der Wölfe im Landkreis und dass Schäden auch hauptsächlich von durchwandernden Wölfen entstehen. Er verwies allerdings auch auf die erheblichen rechtlichen Hürden und Unsicherheiten im Umgang mit dieser neuen Vorschrift.

In der weiteren Diskussion ergreifen **Frau Dr. Kaatz**, Herr **Berbig**, Herr **Rau**, Herr **Holzberger**, Herr **Dr. von Wulffen** sowie **Herr Dr. Kaatz**, Herr **Dr. Wallbaum** sowie **Herr Meyer** das Wort.

Herr **Deumelandt** sei auch der Auffassung, dass politisch noch einmal ein Zeichen gesetzt werden müsse, um den ernststen wirtschaftlichen Schäden entgegenwirken zu können. Weiterhin müssen die entstandenen Schäden unbürokratischer und zeitnah entschädigt werden.

Herr **Dreßler** nimmt eine Stellungnahme der Verwaltung vor. Der Landkreis Jerichower Land sei die Region, die außergewöhnlich hoch betroffen sei und eine hohe Wolfdichte habe. Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, einen Wolfsbeauftragten einzusetzen, empfiehlt die Verwaltung, dem Antrag nicht zuzustimmen. Der Landkreis habe hier keine eigene Zuständigkeit und der Schadensausgleich beim Wolf für die Tierhalter sei gesetzlich geregelt. So könne auch kein Budget von 20.000 € für einen Vollkostenausgleich zur Verfügung gestellt werden, da dann der Landkreis Gelder zahlen würde, die nicht in der Zuständigkeit des Landkreises stehen. Vorschlag der Verwaltung wäre eine Überarbeitung des Antrages der AfD, um die Forderung an das Land präziser und direkter zu formulieren.

Der **Ausschussvorsitzende** sehe den Vorschlag der Verwaltung zur Konkretisierung des Antrages positiv, insbesondere müsse auch der Begriff Wolfsnotstand präzisiert werden.

Herr Dr. von Wulffen weist auf die erste Resolution des Kreistages von 2017 hin, die bislang politisch wenig Erfolg hatte. Dies zeige, dass die politische Kraft des Kreistages sehr begrenzt sei. Er rege deshalb an, dass der Kreistag des Landkreises Jerichower Land an die ebenfalls betroffenen Landkreise Stendal, Bördekreis, Salzlandkreis sowie Landkreis Anhalt-Bitterfeld herantritt, mit dem Ziel, in einer Zusammenkunft eine gemeinsame Resolution zum Wolf zu verfassen, um somit einen gewissen politischen Druck aufzubauen. Mit einer gemeinsamen Resolution von 5 Landkreisen erzeuge dies mehr Schlagkraft für die Argumentation gegenüber der Landesregierung.

TOP 7.1

AG/07/20

Antrag der Fraktion Afd/FW-Endert zum Thema Wolfsnotstand
Vorlage: AG/07/20

Zurückgezogen.

Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema Wolfsproblematik
Vorlage: AG/11/20

Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, einen Wolfsbeauftragten einzusetzen, nicht zuzustimmen.

mehrheitlich abgelehnt: Ja-Stimmen: 0 Nein-Stimmen: 5 Enthaltung: 1 Befangen: 0

TOP 8**I/05/20**

Information zum Haushalts- und Stellenplan 2021
Vorlage: I/05/20

VM gibt Erläuterungen zur Planung 2021. Im FB Umwelt gebe es kaum Veränderungen auf der Ertrags- und Aufwandsseite. Durch höhere Einnahmen und weniger Ausgaben sei eine positive Tendenz zu sehen.

Der Ausschussvorsitzende spricht die großen Abweichungen bei der Abfallbehörde und beim Immissionsschutz an, sowie den hohen Differenzbetrag im SG Abfallwirtschaft zum Konzessionsvertrag des MHKW Rothensee.

Von **VM** wird informiert, dass die Maßnahme der Beräumung der Altstandorte Zeppernick und Rottenau aus der Planung genommen wurde, da kein akuter Handlungsbedarf bestehe.

Die Beantwortung zum Differenzbetrag gibt **Frau Erdmann** und erläutert, dass dies Durchlaufkosten seien, geregelt im Konzessionsvertrag vom MHKW Rothensee, und die von der AJL dem Landkreis erstattet werden. Der Konzessionsvertrag laufe am 31.12.2020 aus.

Zum Stellenplan seien im FB Umwelt keine Personalmehrungen vorgesehen und der Personalstamm bleibe beibehalten.

Der Ausschuss nimmt die Informationen zum Haushalts- und Stellenplan 2021 zustimmend zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

TOP 9

Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Nach Abstimmung mit dem LR gibt es keine Informationen.

TOP 10

Anfragen und Anregungen

Frau Dr. Kaatz spricht die Veränderungen in der Landwirtschaft an. Da etwa 1/3 der Lebensmittel verworfen werden, müsse die Produktion anders gestaltet werden. Weiterhin ist durch den hohen Einsatz von Düngemittel das Trinkwasser in Gefahr. Die Gefährdung tritt insbesondere

durch den Einsatz des Giftstoffes beim Mais ein. Aufgrund der Wassersituation müsse die Wasserentnahme aus den tieferen Grundwasserleitern durch die Landwirte verhindert werden. Eine weitere Gefährdung in letzter Zeit sei die Vermehrung von Giftpflanzen durch die Veränderung des Klimas.

Herr Deumelandt äußert, dass es im Interesse aller liege, Giftpflanzen unter Kontrolle zu halten, deshalb sei es Voraussetzung, die Pflanzenbestände sauber und gesund zu halten. Es müsse erreicht werden, auch zukünftig die Pflanzenschutzmittelverordnung voll umfänglich gewährleistet zu bekommen, um wirtschaftliche Rahmenbedingungen für den Pflanzenbau zu schaffen. Probleme zur Gefährdung des Trinkwassers durch den Einsatz von Düngemittel sehe Herr Deumelandt nicht.

Herr Dr. von Wulffen erläutert, dass das Thema Landwirtschaft und Umwelt schon seit vielen Jahren aktuell sei. Von der Bundesregierung sei ein neuer Arbeitskreis eingerichtet worden, in dem alle Verbände der Landwirtschaft, des Umweltschutzes, Industrie u. w. gemeinsam Wege und Lösungen zur Thematik Landwirtschaft 2035 erarbeiten können. Es können nur langfristig Lösungen gefunden werden.

Herr Dr. Kaatz informiert, dass in Loburg der ökologische Beirat aktiviert wurde, der bereits vor einigen Jahren gegründet wurde. Er nennt sich: „Ökologischer Beirat beim Ortschaftsrat der Stadt Loburg“. Der Beirat sei bereits sehr aktiv und Herr Dr. Kaatz regt die Bildung weiterer Beiräte in den Regionen des Landkreises an. Dies könne in Verbindung mit der Erarbeitung des Kreisentwicklungskonzeptes (KEK) erfolgen, um auf diesem Weg evtl. Fördermittel für diese Arbeit zu erhalten und gleichzeitig Anreize zu schaffen. Deshalb regt er diese Thematik für den nächsten Umweltausschuss an. Weiterhin spricht Herr Dr. Kaatz Verwendungsmöglichkeiten für das Obst der Straßenbäume an sowie die Beseitigung von Wegen.

Von **Herrn Bär** wird die Qualität des Elbwassers bemängelt und dass zwischen Bergzow und Parey sowie zwischen Ferchland nach Nielebock keine Radwege vorhanden sind und an anderer Stelle ein Radweg als Sackgasse gebaut werde.

VM antwortet, dass dieser Radweg ein gemeindlicher Radweg sei und von der Gemeinde, im Gemeinderat beschlossen werde. Die angesprochene Gewässersituation der Alten Elbe werde geprüft.

Von **Herrn Dr. von Wulffen** wird ein gemeinsames Radwegekonzept mit allen kommunalen Trägern angeregt.

Der **Ausschussvorsitzende** informiert, dass es Konzepte gebe sowie einen Radwegeplan für den gesamten Kreis, einen touristischen sowie einen verkehrlichen. Die Probleme liegen nicht in der Planung, sondern in der Durchführung, da es kein Förderprogramm gebe.

VM gibt weiterhin Auskunft, dass in einem der letzten Kreistage eingebracht wurde, einen Radwegekoordinator im Landkreis zu installieren. Dafür gebe es vom Land 80%ige Förderung und der Kreistag habe zugestimmt. Derzeit laufe auch dazu die Ausschreibung für die Stelle des Radkoordinators.

TOP 11

Schließung des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:57 Uhr.

TOP 15

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit der Sitzung um 21:00 Uhr wieder her.

TOP 16

Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21:01 Uhr.

Wolfgang Bernicke
Vorsitzende/r

Protokollführer/in